

Kommt doch und holt mich!

Sympathiebekundung „Ja zu Präsident al-Baschir“, jubeln viele Männer auf den **Straßen der sudanesischen Krisenprovinz Darfur** ihrem Präsidenten zu (r.) – ausgerechnet dort, wo der sudanesischen Macht-haber für Tod und Vertreibung Tausender verantwortlich sein soll. Mit traditionellem Federschmuck und Holzspeer machte sich **Omar al-Baschir** (u.) gestern über den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) lustig: Wer gegen ihn kämpfen wolle, müsse schon in den Sudan kommen und keine Haftbefehle erlassen. Al-Baschir ist der erste amtierende Staatschef, gegen den der ICC Haftbefehl erlassen hat. DPA, FTD



Stalinismus unter Palmen

Raúl Castro kündigte einst Reformen und offene Diskussionen an. Die jüngste Säuberungsaktion in Havanna zeigt jedoch: Die Castro-Brüder sichern ihre Macht nach wie vor mit stalinistischen Methoden

MATTHIAS KNECHT

Aus nur fünf Sätzen bestehen die beiden Briefe, mit denen die bisherigen Hoffnungsträger der kubanischen Führung das Ende ihrer politischen Karriere erklären. Sie übernehmen die Verantwortung für ihre Fehler, traten von allen Ämtern zurück und stimmten im Übrigen voll mit der Analyse des Politbüros der Kommunistischen Partei überein, die zu ihrer Entmachtung geführt hatte, schrieb Felipe Pérez Roque, bis vergangenen Montag Kubas Außenminister, und Carlos Lage, Ex-Sekretär des Staatsrats, an ihren Präsidenten Raúl Castro.

Fast wortgleich sind die Selbstbeichtigungsschreiben, mit denen die beiden für kubanische Verhältnisse relativ jungen Politiker die eigene Absetzung begrüßen und ihre unerschütterliche Treue zum Revolutionsführer Fidel Castro, zu dessen Bruder Raúl und zur Partei versichern. Mit Lage und Pérez Roque waren vergangenen Montag insgesamt neun Minister und Spitzenfunktionäre überraschend ausgewechselt worden. Die groß angelegte Säuberung, der mehrere als

kommunistische Hardliner bekannte Funktionäre zum Opfer gefallen waren, hatte weltweit Hoffnungen auf eine politische Öffnung der Insel geweckt. Die von der kubanischen Staatspresse veröffentlichten Briefe machen aber eher deutlich, wie kubanische Machtpolitik auch ein Jahr nach der offiziellen Machtübergabe vom Altdiktator Fidel Castro an seinen kleinen Bruder Raúl funktioniert.

„Diese Briefe scheinen diktiert worden zu sein“, sagt Oscar Visiedo. Der Direktor des Instituts für Kubastudien in Miami vermutet einen Machtkampf in der Regierung. „Es geht darum, wer den Prozess der Veränderungen auf Kuba kontrolliert“, sagt er und prophezeit: „Es werden noch weitere Köpfe rollen.“ Erste Anzeichen für weitere Säuberungen gibt es bereits. Als Außenpolitikerchef der Kommunistischen Partei Kubas amtiert offenbar neuerdings Jorge Martí Martínez, wie Meldungen in staatlichen Medien in den vergangenen Tagen beiläufig zu entnehmen war. Über das Schicksal seines Vorgängers Fernando Remírez ist nichts bekannt, ebenso wenig, wann und warum er abgesetzt wurde.

Für unwahrscheinlich halten Experten inzwischen die Theorie, hinter den jüngsten Umbesetzungen stünde ein Machtkampf zwischen den jeweiligen Anhängern der Castro-Brüder Fidel und Raúl. Dagegen spricht, dass die Brüder überzeugend Einigkeit demonstrieren. Der kranke Fidel Castro hieß die Regie-

summbildung inzwischen in einem Zeitungsartikel gut. Darüber hinaus kritisierte und demütigte er Pérez Roque und Lage – die beiden Funktionäre, die als seine loyalsten Anhänger galten.

„Der Honig der Macht, für die sie nie Opfer erbringen mussten, weckte in ihnen Ambitionen, die sie in eine unwürdige Rolle trieben“, schrieb der ehemalige Chef-Commandante. „Der äußere Feind baute seine falschen Hoffnungen auf sie.“ Damit könnte Fidel Castro andeuten, dass Pérez Roque und Lage Opfer eines sich anbahnenden außenpolitischen Kurswechsels wurden.

„Der Honig der Macht trieb sie in eine unwürdige Rolle“

Fidel Castro

Denn Castro ist derzeit auffällig schweigsam zum Thema Venezuela. Dessen linkspopulistischer Präsident Hugo Chávez liefert 90 000 Barrel Öl täglich nach Kuba und ist damit Hauptsponsor von Kubas ineffizienter Planwirtschaft. Raúl Castro

reiste in den letzten Monaten dagegen häufig in andere Ölnationen, etwa nach Brasilien, Russland oder auch Algerien. Pérez Roque und Lage aber bekundeten bis zuletzt bei jeder Gelegenheit ihre Sympathien für Chávez – in vermeintlichem Einklang mit der Castro-Linie.

Die Regierungsumbildung von vergangener Woche erinnert an frühere, teils blutige Säuberungsaktionen in Kuba. Bevor etwa 1989 der beim Volk populäre General Arnaldo Ochoa mit weiteren Offizieren hingerichtet wurde, war dem bei den Castro-Brüdern in Ungnade Gefallenen ein letzter Auftritt im

Staatsfernsehen vergönnt. Dort bezichtigte sich der als Reformler geltende Soldat selbst, in einen angeblichen Drogenschmuggelfall verwickelt zu sein.

Zurück bleibt auch diesmal eine Regierung, die ganz auf die Gebrüder Castro zugeschnitten ist. Sie besteht hauptsächlich aus verbliebenen, greisen Kämpfern, die bei der Revolution von 1959 noch selbst dabei waren. „Das alles passiert in einem Moment, in dem die Welt von Kuba Öffnung erwartet“, sagt Visiedo und spielt damit auf die Ver-

sprechen von Raúl Castro selbst an: Der hatte noch 2007 eine offenere Diskussion über Kubas Wirtschaftsprobleme gefordert und bei seinem offiziellen Amtsantritt als Präsident vor rund einem Jahr strukturelle Änderungen angekündigt.

In der Regierung selbst scheinen die Castro-Brüder nun allerdings noch einmal die Uhr zurückdrehen zu wollen. „Der Kern der Macht sind 70- bis 80-jährige Personen“, sagt Visiedo. „Kubas Regierung ist in der Krise. Sie fürchtet die Öffnung.“

Tödlicher Anschlag auf irakische Polizeirekruten

Bei einem der schwersten Selbstmordanschläge der vergangenen Wochen vor einer großen Polizeikaserne in der irakischen Hauptstadt Bagdad sind am Samstag mindestens 28 Menschen ums Leben gekommen. Nach Polizeiangaben wurden zudem über 50 Menschen zum Teil schwer verletzt. Der Selbstmordattentäter habe ein Motorrad in eine Menschenmenge vor der Polizeikaserne gesteuert und einen Sprenggürtel gezündet, berichtete ein Augenzeuge. Die meisten der Getöteten seien junge Männer gewesen, die sich für den Polizeidienst bewerben wollten. Nach Angaben von Augenzeugen waren nach der Explosion Gewehrschüsse zu hören. In den vergangenen Tagen haben sich blutige Anschläge im Irak wieder gehäuft. Am Donnerstag starben bei der Explosion einer Autobombe auf einem Viehmarkt in der Provinz Babylon südlich von Bagdad zwölf Zivilisten. Weitere 60 Menschen wurden verletzt. DPA

Sri Lanka schlägt Angriff von Tamilen zurück

Sri Lankas Regierungstruppen haben im Nordosten des Landes nach eigenen Angaben eine zweitägige Großoffensive der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) zurückgeschlagen und dabei mehr als 100 Rebellen getötet. Wie ein Armeesprecher gestern in der Hauptstadt Colombo sagte, versuchten mehr als 200 schwer bewaffnete Aufständische am Freitag und Samstag, den Kessel der vorrückenden Streitkräfte in der Region Mullaitivu zu durchbrechen. Dabei habe die LTTE auch Selbstmordattentäter eingesetzt. Der Sprecher sagte, auch auf Seiten des Militärs habe es größere Verluste gegeben. Nähere Angaben zur Zahl der Opfer machte er jedoch nicht. Die LTTE-Kämpfer sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums auf einem Landstrich an der Nordostküste eingeschlossen. DPA

Ihre Meinung zu BILD, Philipp Lahm?

An BILD und mir kommt keiner vorbei...

...außer vielleicht Fernando Torres. 😊



BILD Dir Deine Meinung!

BILD bedankt sich bei Philipp Lahm für seine ehrliche und unentgeltliche Meinung. Übrigens: BILD ist die einzige Zeitung, die täglich beim Training aller Vereine der 1. Bundesliga vor Ort ist. Mehr Infos auf www.bild.de/fakten

Fajad gibt Hamas-Forderung nach

Palästinensischer Ministerpräsident will mit Rücktritt Weg für Einheitsregierung ebnen

VON SUSANNE KNAUL, JERUSALEM

Der unabhängige palästinensische Ministerpräsident Salam Fajad will seinen Posten räumen, sobald die Einheitsregierung der rivalisierenden Fraktionen Hamas und Fatah steht. Die Islamisten der Hamas hatten seinen Rücktritt zur Bedingung gemacht. Zwölf palästinensische Fraktionen wollen unter ägyptischer Regie bis zum 20. März eine Einigung erreichen. Die Bildung der neuen Regierung soll die verfeindeten Gruppen versöhnen und die Blockade des bislang unter Hamas-Herrschaft stehenden Gazastreifens beenden.

Der Rückzug Fajads droht allerdings die Akzeptanz der geplanten Regierung im Westen zu schmälern. Washington werde einer Regierung ohne den in den Texas promovierten Wirtschaftsexperten Fajad seine Anerkennung verweigern, drohte US-Außenministerin Hillary Clinton in der vergangenen Woche. In jedem Fall dürfte die künftige Funktion Fajads weit oben auf der Agenda der Gespräche in Kairo ste-

hen, ebenso wie die Zusammensetzung des neuen Kabinetts.

Die USA und weitere westliche Staaten ziehen eine Ministerriege aus Technokraten vor, die nicht an eine der palästinensischen Fraktionen gebunden sind. Sie sollen den Einfluss von Parteiinteressen zurückdrängen. Zudem würde eine solche Zusammensetzung verhindern, dass es zum direkten Kontakt zwischen dem Westen und Vertretern der geächteten Hamas kommt. Die radikalislamische Gruppe wird in den USA, in der EU und in Israel als Terrororganisation geführt.

Derzeit setzen die Verhandlungsführer in Ägypten zunächst alles daran, gegenseitiges Vertrauen wiederherzustellen. Im Juni 2007 war eine nur vier Monate zuvor gebildete Einheitsregierung aus Fatah und Hamas gescheitert, als die Hamas gewaltsam die Kontrolle über den Gazastreifen an sich riss. Bis heute sitzen Fatah-Angehörige im Gazastreifen in Gefangenschaft und sind Folter ausgesetzt. Im Gegenzug hält die Palästinenserführung im Westjordanland unter der

Führung von Präsident Mahmud Abbas Hamas-Anhänger gefangen.

Die ideologischen Differenzen der beiden größten Fraktionen sind weitgehend unverändert. Noch im Vorfeld der Verhandlungen über die Richtlinien der Einheitsregierung stellte Abbas die Forderung auf, dass eine Einheitsregierung der Zwei-Staaten-Lösung mit Israel verpflichtet sein müsse. Das Programm der Einheitsregierung vor zwei Jahren klammerte die Anerkennung Israels, die die Hamas nach wie vor ablehnt, noch aus.

Die beiden Fraktionen stehen unter Druck. Die Bevölkerung der Palästinensergebiete ist die internen Differenzen leid. Vor allem im Gazastreifen warten die Menschen auch sechs Wochen nach dem Krieg mit Israel noch immer auf den Beginn des Wiederaufbaus. Die Arabische Liga versammelt sich Ende des Monats zu ihrem Jahresspitzel. Saudi-Arabien dringt auf eine vorläufige Einigung, und Ägypten knüpft eine Öffnung seiner Grenze zum Gazastreifen an die Kooperation zwischen Hamas und Fatah.